

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 10 / 84

Berlin

8. März 1984

51. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1984 Konjunkturelle Erholung der Berliner Wirtschaft

Im Zuge der konjunkturellen Erholung, die Anfang 1983 eingesetzt hatte, wird die Wirtschaftsleistung der Stadt 1984 weiter zunehmen. Die Beschäftigung wird kaum noch zurückgehen; auch im verarbeitenden Gewerbe, das in den letzten Jahren erhebliche Arbeitsplatzverluste aufwies, dürfte der Beschäftigungsrückgang in diesem Jahr nur gering sein¹.

Gleichwohl ist für das laufende Jahr mit einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die schwierigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind auf Landesebene allein nicht zu bewältigen; dennoch gibt es Spielraum für regionale Aktivitäten: Neben den kurzfristig wirkenden Maßnahmen — Ausweitung der öffentlichen Investitionen, Aufstockung der Stellen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und vermehrte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen — sind andere Bemühungen darauf gerichtet, die Wirtschaftsstruktur der Stadt zu verbessern. Mit der Novelle zum Berlinförderungsgesetz und dem „Strukturprogramm für neue Arbeitsplätze“ hat der Senat Rahmenbedingungen geschaffen, die Berlin als Wirtschaftsstandort insbesondere für innovationsfreudige und wertschöpfungsintensive Unternehmen attraktiver machen. Mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß die Wirtschaft auf diese Anreize reagiert. Es ist zu hoffen, daß sich diese Tendenzen noch verstärken.

Im Laufe des Jahres 1983 hat sich die Wirtschaftsaktivität in Berlin belebt. In den konjunktur reagiblen Wirtschaftsbereichen, dem produzierenden Gewerbe und dem Handel, hat die Leistung vom Frühjahr an saisonbereinigt zugenommen.

Aussagen über die Stärke der Auftriebstendenz sind allerdings aus den Eckdaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Berlin nicht unmittelbar abzuleiten, da diese die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr verzerrt widerspiegeln. Das Bruttoinlandsprodukt war im Jahr 1983 nach einer ersten Schätzung preisbereinigt um 3,5 vH größer als 1982; diese Steigerung ist indes zu einem erheblichen Teil auf einen Verbrauchsteuereffekt zurückzuführen: Die auf bestimmten Produkten lastenden Verbrauchsteuern wie die Tabak-, Mineralöl- und Branntweinsteuer sind von den Verbrauchern der betreffenden Produkte zu tragen, werden aber bei den Unternehmen erhoben und von diesen in den Preisen weiterge-

wälzt. Sie gehen daher am Standort der Produktion in die Bruttowertschöpfung ein. Probleme für die Messung der regionalen Wirtschaftsleistung resultieren daraus, daß die Branchen, deren Produkte besteuert werden, regional sehr ungleich verteilt sind. So wird rund die Hälfte der in der Bundesrepublik hergestellten Zigaretten allein in Berlin produziert; entsprechend geht die Hälfte der gesamten Tabaksteuern in die Bruttowertschöpfung — und

¹ Nach der kürzlich abgeschlossenen Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt das Statistische Landesamt wieder laufend aktuelle Informationen über Niveau und Entwicklung von Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung in Berlin zur Verfügung. Die Neuberechnung ging weit über den Rahmen einer üblichen Revision hinaus: Sie führte bei der Produktion zu beträchtlichen Strukturverschiebungen zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes und zu Gunsten des Handels, vor allem aber zu einer bemerkenswerten Heraufsetzung der Beschäftigtenzahl: Sie lag im Jahre 1982 nach der alten Rechnung bei 810 000 und beträgt nach der Revision 843 400.

das Bruttoinlandsprodukt² — der Stadt ein, obwohl sie breit gestreut von den Konsumenten der gesamten Volkswirtschaft aufgebracht werden.

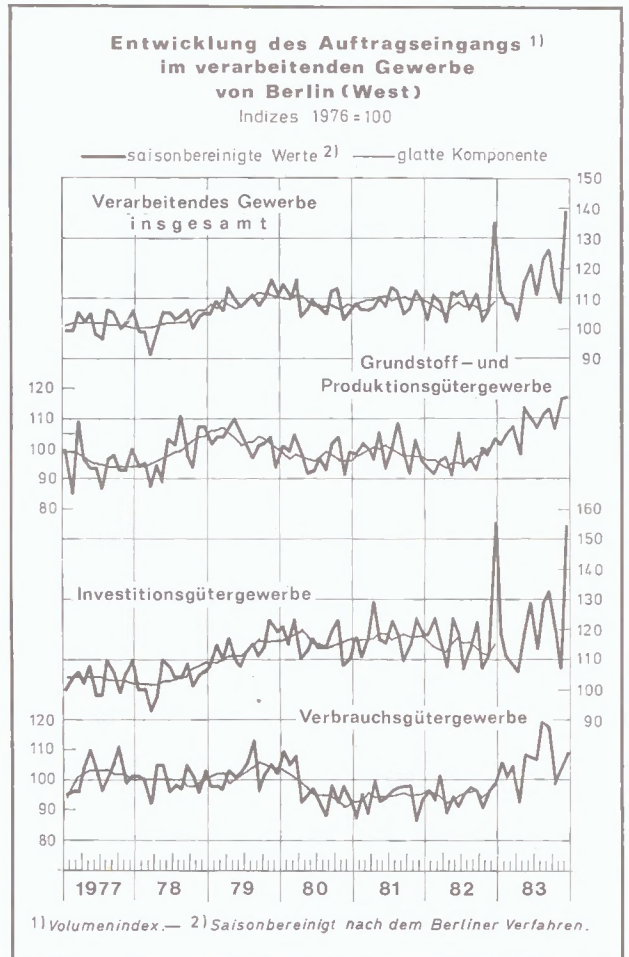
Wegen der Aufblähung durch Verbrauchsteuern ist die Wertschöpfung der Tabakverarbeitung in Berlin bei 4500 Beschäftigten größer als die der Elektroindustrie mit 55 000 Beschäftigten. Starke Schwankungen der Zigarettenproduktion, wie — infolge der Tabaksteuererhöhung — in den Jahren 1982 und 1983, beeinflussen damit in erheblichem Maße die Entwicklung der Bruttowertschöpfung Berlins³. Ein Urteil über die konjunkturelle Entwicklung in der Stadt ist daher nur auf der Grundlage der Bruttowertschöpfung ohne Verbrauchsteuern möglich. Gemessen an dieser Größe war die wirtschaftliche Leistung in Berlin 1983 lediglich um 1,5 vH größer als im Jahr davor; der Zuwachs war damit etwa ebenso hoch wie in der Bundesrepublik.

Die konjunkturelle Belegung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben im Laufe des Jahres 1983 zu einer deutlichen Verlangsamung des Beschäftigungsrückganges in Berlin geführt. Im Jahresdurchschnitt lag die Zahl der Erwerbstätigen bei 833 000, rund 10 000 oder 1,3 vH weniger als 1982. Der Arbeitsplatzverlust war damit in Berlin prozentual geringer als in der gesamten Volkswirtschaft (– 1,7 vH). Bei diesem, nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren überraschenden Ergebnis muß allerdings folgendes beachtet werden: Im Unternehmensbereich ist die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin mit 2,3 vH etwa ebenso stark zurückgegangen wie im Bundesdurchschnitt. Dabei entwickelte sich die Beschäftigung im Baugewerbe wesentlich günstiger, in den anderen Sektoren dagegen ungünstiger als im Bundesgebiet. Den Ausschlag für den in der Stadt geringeren Rückgang der Gesamtbeschäftigung gab die Entwicklung im öffentlichen Dienst; hier wurde der Personalstand in Berlin im vergangenen Jahr um 2000 — 1 vH — aufgestockt, im Bundesgebiet blieb er dagegen konstant. Die Zunahme in Berlin resultiert allerdings ausschließlich aus der vermehrten Bereitstellung von Teilzeitarbeitsplätzen und vor allem von Plätzen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Diese Konstellation spricht nicht dafür, daß die über viele Jahre beobachtete Diskrepanz in der Beschäftigungsentwicklung zuungunsten Berlins nunmehr dauerhaft aufgehoben wäre. Einmal haben sich im zweiten Halbjahr 1983 auch im westdeutschen Baugewerbe Produktion und Beschäftigung erhöht, zum anderen dürfte einer weiteren Ausweitung der Zahl der ABM-Stellen in Berlin bei dem erreichten hohen Stand Grenzen gesetzt sein.

Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe stark verlangsamt

Die Produktion der Berliner Industrie, die zu mehr als drei Vierteln außerhalb der Stadt abgesetzt wird, hat im



Laufe des Jahres 1983 zugenommen. Am stärksten war die Steigerung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Aber auch im Verbrauchsgütergewerbe, wo sich konjunkturelle Erholungstendenzen in der jüngsten Zeit mit positiven Effekten aus Industrieansiedlungen mischten, war eine deutliche Belegung zu verzeichnen. Die Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln hat zwar ebenfalls kräftig expandiert, eine Entwicklung, die allerdings vor dem Hintergrund des starken Einbruchs der Zigarettenproduktion im Jahre 1982 zu sehen ist.

Im Investitionsgütergewerbe, auf das knapp die Hälfte der Berliner Industrieproduktion entfällt, ist die Leistung dagegen nur wenig gestiegen. In einigen Sparten — vor allem im Straßenfahrzeugbau und bei EDV-Geräten — hat die Erzeugung zwar deutlich zugenommen. Dem stand aber die ungünstige Geschäftsentwicklung in ande-

² Das Bruttoinlandsprodukt ist die Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben.

³ Zum Problem der Verbrauchsteuern bei interregionalen Vergleichen vgl. Bruttoinlandsprodukt als Indikator regionaler Wirtschaftskraft problematisch. Das Beispiel Berlin (West). Bearb.: Kurt Geppert. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/1983.

Beschäftigung¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland²⁾
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		Chemie		Maschinenbau		Elektrotechnik		Textil		Bekleidung		Ernährung		Tabak	
	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik
1981	- 3,1	- 2,5	- 0,8	- 0,4	- 1,2	- 0,6	- 4,2	- 2,9	- 10,8	- 6,6	- 13,9	- 7,5	2,3	- 0,7	1,1	0,0
1. Vj.	- 2,1	- 1,6	- 0,4	- 0,2	- 1,4	- 0,2	- 2,6	- 2,1	- 7,8	- 4,9	- 11,4	- 5,6	2,4	- 0,3	2,1	0,9
2. Vj.	- 2,6	- 2,3	- 1,1	- 0,5	- 1,4	- 0,2	- 3,5	- 2,5	- 10,8	- 6,1	- 12,5	- 6,7	3,5	- 0,5	1,5	0,7
3. Vj.	- 3,4	- 2,7	- 1,2	- 0,6	- 0,8	- 1,0	- 4,8	- 3,3	- 12,7	- 7,3	- 14,7	- 8,3	2,8	- 0,5	0,5	- 0,5
4. Vj.	- 4,3	- 3,2	- 0,6	- 0,5	- 1,3	- 1,6	- 6,1	- 3,6	- 11,2	- 8,0	- 16,6	- 9,6	0,8	- 1,4	0,3	- 1,0
1982	- 5,0	- 3,7	0,8	- 2,6	- 2,8	- 2,2	- 6,3	- 4,0	- 10,1	- 8,1	- 14,5	- 9,1	- 3,7	- 3,1	- 1,6	- 5,5
1. Vj.	- 5,0	- 3,4	- 0,5	- 2,1	- 1,8	- 1,8	- 6,4	- 4,0	- 14,1	- 8,3	- 17,5	- 9,4	- 2,0	- 2,5	0,3	- 3,6
2. Vj.	- 5,1	- 3,5	1,1	- 2,2	- 1,9	- 2,0	- 6,3	- 3,8	- 11,2	- 7,8	- 16,5	- 9,3	- 4,2	- 3,1	- 1,2	- 4,7
3. Vj.	- 4,8	- 3,7	1,2	- 2,8	- 2,9	- 2,2	- 5,9	- 3,8	- 7,2	- 7,8	- 12,5	- 9,0	- 4,5	- 3,3	- 2,6	- 6,3
4. Vj.	- 5,2	- 4,2	1,3	- 3,1	- 4,6	- 2,7	- 6,5	- 4,4	- 7,5	- 8,4	- 10,7	- 8,8	- 4,3	- 3,6	- 2,9	- 7,9
1983 ³⁾	- 4,9	- 4,2	0,8	- 1,9	- 8,8	- 4,0	- 7,5	- 4,0	4,6	- 7,2	- 6,2	- 7,6	- 4,5	- 3,5	- 0,5	- 5,3
1. Vj.	- 5,3	- 4,7	0,3	- 2,1	- 6,5	- 3,6	- 7,5	- 4,7	- 1,4	- 8,5	- 9,5	- 8,8	- 5,6	- 4,0	- 4,1	- 7,1
2. Vj.	- 5,2	- 4,7	0,3	- 2,2	- 9,1	- 4,2	- 8,1	- 4,8	4,9	- 8,2	- 7,0	- 8,6	- 4,2	- 3,7	0,1	- 6,0
3. Vj.	- 5,1	- 4,3	0,8	- 1,9	- 10,5	- 4,3	- 8,1	- 4,1	6,7	- 7,0	- 4,8	- 7,4	- 4,3	- 3,6	0,7	- 4,5
4. Vj.	- 4,0	- 3,0	1,6	- 1,3	- 9,2	- 3,7	- 6,3	- 2,5	8,1	- 5,0	- 3,1	- 5,4	- 3,7	- 2,5	1,2	- 3,5
1984 ⁴⁾	- 1,5	- 1,0

1) Nach fachlichen Betriebsteilen. - 2) Einschließlich Berlin (West). - 3) Dezember geschätzt. - 4) Schätzung.
Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

ren Bereichen, insbesondere im Maschinenbau, gegenüber.

Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe Berlins betrug im Durchschnitt des vergangenen Jahres 159 600; das sind 8200 bzw. 5 vH weniger als 1982. Dieser Rückgang resultierte im wesentlichen aus der Entwicklung im ersten Halbjahr. Danach hat die Steigerung der Produktion zu einer deutlichen Abschwächung des Arbeitsplatzverlusts geführt; im vierten Quartal war die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt nur noch geringfügig niedriger als im Quartal davor.

Aber auch 1983 hat sich die industrielle Beschäftigung in Berlin ungünstiger entwickelt als im Bundesgebiet (- 4,2 vH), und dies, obwohl Krisenbranchen wie die Eisen- und Stahlindustrie und der Schiffbau in der Stadt nur geringe Bedeutung haben. Allein 70 vH des Beschäftigungsrückgangs entfielen auf den Maschinenbau und die Elektroindustrie. Aufgrund von Strukturproblemen und erheblichen Rationalisierungsspielräumen sind in diesen Branchen der Berliner Industrie vorerst weitere Arbeitsplatzverluste zu befürchten, auch wenn die konjunkturelle Erholung wie erwartet anhält.

Die Nachfrage nach Erzeugnissen der Berliner Industrie ist im Laufe des Jahres 1983 insgesamt deutlich gestiegen. Im Investitionsgütergewerbe, das von der Expansion zunächst nicht erfaßt wurde, haben die Auftragseingänge am Jahresende sprunghaft zugenommen; dabei spielten Großaufträge für einzelne Unternehmen eine erhebliche Rolle. Die verbesserte Auftragslage wird im laufenden Jahr zu einer weiteren Ausweitung der industriellen Produktion führen. Die Zahl der Beschäftigten dürfte insgesamt saisonbereinigt kaum noch zurückgehen; im Jahresdurchschnitt wird sie um 1 bis 2 vH geringer sein als 1983.

Innerstädtische Nachfrage

Privater Verbrauch nimmt wieder leicht zu

Obwohl die verfügbaren Realeinkommen auch im vergangenen Jahr zurückgegangen sind, hat der private Verbrauch in Berlin preisbereinigt leicht zugenommen — um etwa 0,5 vH. Nach drei Jahren der Konsumeinschränkung haben die privaten Haushalte ihre Ersparnisbildung deutlich vermindert, um den aufgestauten Bedarf zu decken. Dies wurde erleichtert durch das vermehrte Freiwerden prämiengünstiger Sparbeträge und das gesunkene Zinsniveau.

Die Konsumsteigerung war in Berlin geringer als im Bundesdurchschnitt (1 vH). Einmal haben die verfügbaren Nominaleinkommen in Berlin schwächer zugenommen — die unterdurchschnittlichen Erhöhungen im öffentlichen Dienst und bei Rentnern schlugen in Berlin vergleichsweise stark zu Buche. Zweitens sind die Lebenshaltungskosten in der Stadt mit 3,6 vH stärker gestiegen als in der Bundesrepublik insgesamt (2,9 vH); maßgeblich hierfür war die kräftige Erhöhung der Berliner Altbaumieten, die dem Index zufolge 17 vH betrug.

Im Jahr 1984 wird das verfügbare Einkommen in Berlin um 3 bis 3,5 vH zunehmen. Etwa ebenso stark dürften die Lebenshaltungskosten steigen, so daß die Realeinkommen stagnieren werden. Da die Sparquote nur noch wenig sinken dürfte, wird der reale private Verbrauch wiederum nur schwach steigen — um etwa 0,5 vH.

Bei dieser geringen Zunahme sind die Expansionsmöglichkeiten der von der heimischen Nachfrage abhängigen Wirtschaftsbereiche, vor allem Einzelhandel und Teile der privaten Dienstleistungen, sehr begrenzt. Die Leistung des Handels insgesamt dürfte dennoch um etwa

1 vH zunehmen, da der Großhandel von der konjunkturellen Erholung profitiert; die Zahl der im Handel Beschäftigten wird dabei um 1 vH abnehmen. Die reale Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen dürfte — bei konstanter Beschäftigung — mit 2 vH etwa in gleichem Maße steigen wie 1983.

Nur noch geringe Steigerung des öffentlichen Verbrauchs

Im vergangenen Jahr hat der öffentliche Sektor mit seinem Ausgabeverhalten den konjunkturellen Erholungsprozeß unterstützt. Die Verbrauchsausgaben des Staates — sie setzen sich aus Personal- und Sachaufwand des Landes, der Bundesinstitutionen sowie der Sozialversicherungsträger in Berlin zusammen — nahmen um 4,5 vH zu. Preisbereinigt war der Verbrauch um 1,5 vH größer als im Jahr zuvor. Die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten hat sich dabei um gut 1 vH erhöht. Diese Zunahme ist allein auf beschäftigungspolitische Maßnahmen zurückzuführen: Die Zahl der ABM-Bediensteten wurde nochmals kräftig aufgestockt, die außerbetriebliche Berufsausbildung im Berufsamt weiter intensiviert. Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes hat der Senat von Berlin, seinem Grundsatzbeschluß aus dem Jahre 1981 folgend, die Zahl der Stellen abermals um etwa 500 verringert. Diese Einsparung führte aber nicht zu einer Verminderung der Beschäftigtenzahl, da vermehrt Teilzeitarbeitsplätze geschaffen wurden.

Im laufenden Jahr werden die Staatsausgaben deutlich schwächer zunehmen als 1983. Den Haushaltsansätzen des Senats zufolge sollen die Landesausgaben um 3 vH auf 20,5 Mrd. DM steigen. Dabei werden die investiven Ausgaben mit 4,5 vH überdurchschnittlich stark expandieren; ihr Volumen wird dann bei 3,6 Mrd. DM liegen. Nur noch geringe Erhöhungen sind bei den Verbrauchsausgaben vorgesehen: Die Mittel für Sachkäufe liegen mit 2 Mrd. DM um 0,5 vH (1983: 2,9 vH) über dem Vorjahresniveau. Für Personal sind Mehrausgaben von 3,3 vH auf 5,4 Mrd. DM geplant (1983: 4,0 vH). Ohne die Ausgaben für ABM wird die Steigerung nur knapp halb so hoch sein.

Auf der Einnahmenseite ist für das Haushaltsjahr 1984 ein überdurchschnittlicher Anstieg der Steuereinnahmen veranschlagt; die Zuwachsrate soll 8 vH, das Volumen 4,7 Mrd. DM betragen. Die Expansion dieser Einnahmenposition ist insbesondere Folge der zur Jahresmitte 1983 erhöhten Mehrwertsteuersätze. Wesentlich schwächer als die Steuereinnahmen zunehmen wird mit 3,4 vH dagegen die Bundeshilfe. Sie beträgt 10,9 Mrd. DM, gut die Hälfte des gesamten Haushaltsvolumens. Bei diesen Einnahmen- und Ausgabenansätzen ist eine Rückführung der Nettoneuverschuldung um mehr als 10 vH auf 750 Mill. DM vorgesehen.

Auf der Grundlage dieser Planansätze im Landeshaushalt und unter Berücksichtigung der Ausgabenpläne der Sozialversicherungsträger und der Bundesbehörden in

Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Berlin (West) zu Preisen von 1976
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche bzw. Verwendungskomponenten	1981	1982	1983 ¹⁾	1984 ²⁾
Entstehung des Sozialprodukts ³⁾				
Produzierendes Gewerbe	-2,1	-4,2	5,5	3
Energie, Wasserversorgung	4,0	4,6	-1	2
Verarbeitendes Gewerbe	-2,4	-5,7	6,5	3
Baugewerbe	-2,3	2,0	1	3
Handel und Verkehr	-2,5	-2,8	-0,5	1,5
Handel	-4,2	-5,3	0,5	1
Verkehr, Nachr.,Überm.	0,7	1,5	-2	2
Private Dienstleistungen	2,1	2,0	2	2
Staat	1,5	0,5	1	1
Bruttowertschöpfung ⁴⁾	-0,4	-1,4	3	2
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	-0,8	-1,8	3,5	2
Nachrichtlich: Bruttowertschöpfung ohne Verbrauchsteuern	-0,8	-0,4	1,5	2
Verwendung des Sozialprodukts				
Inländische Verwendung	-2,2	-1,3	2,5	1
Privater Verbrauch	-2,4	-3,0	0,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	1,3	2,3	1,5	0,5
Ausrustungsinvestitionen	-2,2	-2,6	8,5	4
Bauinvestitionen	-0,8	3,3	2	3
Überreg. Warenlieferungen	-0,4	-0,5	5	3
Überreg. Warenbezüge	-7,0	-1,2	4,5	1
Bruttosozialprodukt ⁶⁾	-0,1	-2,0	3	2
<small>1) Viertes Quartal geschätzt. - 2) Schätzung. - 3) Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. - 4) Unbereinigt, d.h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. - 5) Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. - 6) Bruttosozialprodukt = Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Berliner von außerhalb beziehen abzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Auswärtige aus Berlin beziehen. In diesen Saldo geht auch die Differenz zwischen der in der regionalen Produktion und der regionalen Verwendung enthaltenen Umsatzsteuer ein.</small>				
<small>Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.</small>				

Berlin kann im laufenden Jahr mit einer leichten Erhöhung der Zahl öffentlich Bediensteter gerechnet werden — wiederum allein bedingt durch ABM- und Teilzeiteffekte. Der Zuwachs des öffentlichen Verbrauchs ist dann nominal auf 3 vH, real auf 0,5 vH zu veranschlagen.

Weiter zunehmende Bautätigkeit

Im vergangenen Jahr sind in Berlin Bauinvestitionen in Höhe von rund 7,2 Mrd. DM vorgenommen worden; das waren 5,5 vH mehr als 1982. Die Baupreise sind in Berlin mit 3,5 vH vergleichsweise stark erhöht worden (Bundesgebiet 1,5 vH). Preisbereinigt stiegen die Bauinvestitionen um 2 vH. Die Bauleistung entwickelte sich dabei in den einzelnen Sparten gegenläufig: Im Hochbau hat die Produktion — vor allem bedingt durch die Steigerung im gewerblichen Bau (4,5 vH) — zugenommen, im Tiefbau ist sie zurückgegangen.

Die Zahl der im Baugewerbe Beschäftigten war im Durchschnitt des Jahres 1983 mit 58 300 nur wenig höher als 1982 (um 0,5 vH); im Jahresverlauf ist sie aber — sai-

sonbereinigt — spürbar gestiegen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich dadurch etwas verbessert. Ende Dezember waren rund 7000 Bauarbeiter arbeitslos gemeldet — 850 weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Kurzarbeiter war mit 4700 ebenso hoch wie Ende 1982.

Für das Jahr 1984 kann insgesamt mit einer weiteren Steigerung der Bautätigkeit gerechnet werden. Im Tiefbau hat sich die Auftragslage im vergangenen Jahr zwar verschlechtert, die Nachfrage im Hochbau ist aber deutlich gestiegen. Im Rahmen der staatlichen Wohnungsbauförderung wurden bereits in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres Mittel für mehr als ein Drittel der im Wohnungsbauprogramm 1984 vorgesehenen Wohnungen (7000) bewilligt. Die Zahl der Anträge auf öffentliche Fördermittel für Modernisierung und Instandsetzung deutet auf eine erhöhte Nachfrage auch in diesem Bereich hin; davon wird insbesondere das Ausbaugewerbe profitieren.

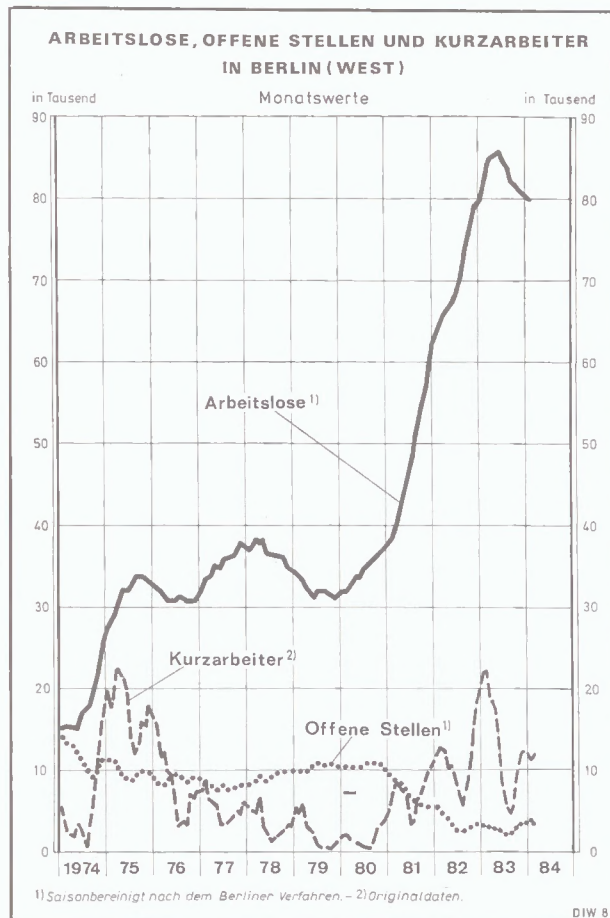
Das Baugewerbe insgesamt dürfte 1984 seine Leistung um etwa 3 vH ausweiten, die Zahl der Beschäftigten wird dabei aber angesichts der immer noch großen Zahl von Kurzarbeitern kaum zunehmen.

Ausrüstungsinvestitionen nehmen abermals zu

Die Ausrüstungsinvestitionen betragen im Jahre 1983 rund 4,4 Mrd. DM. Sie haben damit gegenüber dem Vorjahr um 11,5 vH zugenommen; nach Abzug der Preissteigerungsrate verbleibt ein Zuwachs um 8,5 vH. Für das verarbeitende Gewerbe hatten die im Frühjahr 1983 erfragten Pläne auf eine leichte Steigerung der Investitionsausgaben hingedeutet⁴; eine im Januar dieses Jahres durchgeführte telefonische Umfrage bei den größeren Unternehmen hat ergeben, daß die industriellen Investoren ihre ursprünglichen Planansätze deutlich nach oben korrigiert haben. Außergewöhnlich stark gestiegen sind die Investitionen in der Energiewirtschaft — sie hat ihre Ausgaben gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt — und im Verkehrsbereich, der fast ein Drittel mehr investierte als 1982. Auch im Nachrichtenwesen war die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen mit 18 vH beachtlich.

Anders als im vergangenen Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen 1984 nicht mehr von der Investitionszulage im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes begünstigt. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die befristete Investitionsförderung dazu geführt hat, daß für das laufende Jahr geplante Investitionsvorhaben nach 1983 vorgezogen worden sind, im Jahr 1984 also ausfallen. Gleichwohl ist die Investitionsneigung im Zuge der konjunkturellen Erholung weiter gestiegen. Die befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beabsichtigen, ihre Investitionsausgaben abermals aufzustocken.

Insgesamt dürfte die Berliner Wirtschaft ihre Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt um etwa 4 vH erhöhen. Dieser Einschätzung widersprechen nicht die von den



beiden Industriebanken signalisierten hohen Zuwachsraten bei den Anträgen auf ERP-Kredite und Mittel nach § 16 BerlinFG, berücksichtigt man die zwischen Kreditanträgen, Kreditzusagen und Auszahlungen liegenden zeitlichen Verschiebungen.

Weiterhin hohe Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin lag im Durchschnitt des Jahres 1983 bei 84 000, rund 14 000 höher als 1982. Die Arbeitslosenquote stieg von 8,7 vH auf 10,4 vH⁵. Sai-

⁴ Vgl. Die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1981 und 1982 sowie die Pläne 1983. Bearb.: Hans F. Titzmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1983.

⁵ Die amtlich ausgewiesene Arbeitslosenquote für Berlin liegt seit 1977 über dem Bundesdurchschnitt. Die Ursachen dieser Entwicklung sind vielfältig und nicht eindeutig zu klären. Eine Rolle spielte hierbei sicherlich die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe. Darüber hinaus ist jedoch auf einen statistisch-methodischen Umstand hinzuweisen, der das Bild unterschiedlicher Arbeitslosigkeitsniveaus beider Regionen relativiert: In die Berechnungen der Arbeitslosenquoten geht als Bezugsgröße die nach dem jährlichen Mikrozensus ermittelte Zahl der abhängigen Erwerbspersonen ein. Diese Zahl ist wegen ihres 1 vH-Stichproben-Charakters einerseits und des zur Hochrechnung verwendeten Gewichtungsschemas nach der inzwischen zwar fortgeschriebenen, aber veralteten Volkszählung von 1970 andererseits insbesondere für kleine Regionen wie Berlin sehr unsicher. Legt man statt dessen die gerade revidierten Angaben aus

sonbereinigt betrachtet ist die Arbeitslosigkeit dabei bis Mitte des Jahres gestiegen, seither nimmt sie im Zuge der konjunkturellen Erholung ab. Besserungstendenzen sind auch bei der Zahl der Kurzarbeiter zu erkennen; sie war im Februar 1984 mit 12 000 nur halb so hoch wie im Jahr davor.

Von der gleichwohl weiterhin schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt waren ausländische Arbeitnehmer besonders betroffen; bei ihnen war die Arbeitslosenquote um die Hälfte höher als bei den Deutschen. Allerdings ist auch die Zahl der arbeitslosen Ausländer im zweiten Halbjahr 1983 zurückgegangen, und zwar deutlich stärker als die der Deutschen. Offensichtlich hat eine beträchtliche Zahl von ausländischen Arbeitnehmern auf die staatlichen Anreize zur Rückkehr in ihre Heimat reagiert; darauf deuten auch die Daten der Wanderungsstatistik hin.

Kaum verändert hat sich die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen; sie betrug im Februar 1984 rund 5600. Die Arbeitslosenquote lag hier mit 12,3 vH weiterhin über dem Durchschnitt. Unter den arbeitslosen Jugendlichen befanden sich am Jahresende nur etwas mehr als 300 nicht vermittelte Bewerber für Ausbildungsstellen. Die erfreuliche Entwicklung der Zahl der Ausbildungsstellen hat eine Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit verhindert: Mit etwa 40 800 Ausbildungsverhältnissen Ende 1983 wurden rund 2500 mehr als vor Jahresfrist registriert.

Im vergangenen Jahr sind die Mittel für die Beschäftigung im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), die insbesondere schwer vermittelbaren Arbeitslosen zugute kommen sollen, erheblich erhöht worden; sie reichten für die Förderung von 7250 Stellen aus. Allerdings konnte der Finanzierungsrahmen auch 1983 nicht voll ausgeschöpft werden. Ende des Jahres waren 5800 Stellen besetzt, 1800 mehr als im Jahr davor.

Überraschend ist, daß trotz hoher Arbeitslosigkeit die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung in Berlin von 4300 Anfang 1982 auf 3200 Ende 1983 zurückgegangen ist, und dies obwohl die Zahl der Teilnehmer an diesen Maßnahmen in Relation zum gesamten Arbeitslosenbestand in Berlin ohnehin mit 4 vH nur halb so hoch war wie im Bundesdurchschnitt.

Einwohnerzahl erneut stark rückläufig

Bei der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und dem erneuten Arbeitsplatzverlust ist im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitsaufnahmen westdeutscher Bewerber in Berlin wiederum gesunken; mit rund 3000 — nach 4300 im Jahr 1982 und 8300 im Jahr 1981 — hat sie ihren bisher tiefsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 1962 erreicht.

Dies ist allerdings der einzige derzeit meßbare Effekt, der von der Wirtschafts- auf die Bevölkerungsentwicklung

in Berlin ausgeht. Verlässliche Informationen über Erwerbspersonenwanderungen, also etwa darüber, ob die Freisetzung von Arbeitskräften verstärkt zu Abwanderungen geführt hat, sind aus der amtlichen Statistik nach wie vor nicht verfügbar. Die allgemeine Statistik der Bevölkerungswanderung zeichnet sogar ein überraschend positives Bild. Danach wurde in Berlin erstmals seit vielen Jahren bei der deutschen Bevölkerung ein Wanderungsgewinn (1500 Personen) erzielt. Da nach dem neuen Meldegesetz bei Ummeldungen die Angabe des Hauptwohnsitzes zwingend vorgeschrieben ist, dürfte in diesem Ergebnis allerdings eher die präzisere melderechtliche Zuordnung als eine Umkehr der Wanderungsströme zum Ausdruck kommen⁶. Auch dieser Wanderungsgewinn reicht jedoch nicht aus, um das nach wie vor hohe Defizit aus der natürlichen Entwicklung (– 18 500) zu kompensieren; die Zahl deutscher Einwohner Berlins hat der Verlaufsstatistik zufolge um 17 000 abgenommen.

Die Zahl der Ausländer ist nach dieser Quelle erneut gestiegen. Mit 1000 Personen war die Zunahme allerdings außerordentlich gering. Erstmals seit 1976 überstieg die Zahl der Fortzüge die der Zuzüge (– 2500); der Zuwachs aus der natürlichen Entwicklung (+ 3500) wurde damit nahezu ausgeglichen.

Insgesamt hat Berlin 1983 also 16 000 Einwohner verloren, etwas weniger als im Vorjahr (19 000); am Jahresende betrug die Einwohnerzahl 1,956 Mill. Für das Jahr 1984 ist mit einer Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung nicht zu rechnen. Die Zahl der Deutschen wird altersstrukturbedingt weiter stark abnehmen; bei der Ausländerzahl ist vor dem Hintergrund der in jüngster Zeit ergriffenen Maßnahmen Stagnation wahrscheinlich.

Eine Vorausschätzung des Erwerbspersonenangebots für das kommende Jahr ist bei der unsicheren Datenlage kaum möglich. Die verfügbaren Indikatoren deuten allerdings darauf hin, daß sich die altersstrukturbedingte Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials nicht mehr fortsetzen wird.

Fazit

Bei der zu erwartenden Entwicklung der einzelnen Nachfragekomponenten wird die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um 2 vH zunehmen, die Beschäftigung allenfalls geringfügig abnehmen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin damit bei 832 000 liegen. Da das Erwerbspersonenpotential nicht mehr zunehmen dürfte, wird die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr etwa ebenso hoch sein wie 1983.

der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrunde, so gibt es gegenwärtig kaum noch Unterschiede der Arbeitslosenquoten zwischen Berlin und dem Bund.

⁶ In der Vergangenheit wurde häufig die Anmeldung einer Zweitwohnung von Berlinern im übrigen Bundesgebiet auch dann als Fortzug registriert, wenn der Berliner Wohnsitz beibehalten wurde.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West)

		1979	1980	1981	1982	1983	1984
		Personen					
Lebendgeborene	Insgesamt	17 259	18 536	18 955	18 662	18 000	18 000
	Deutsche	13 224	14 183	14 455	14 400	14 100	14 000
	Ausländer	4 035	4 353	4 500	4 262	3 900	4 000
Gestorbene	Insgesamt	35 008	34 738	34 485	34 528	33 000	33 000
	Deutsche	34 605	34 320	34 074	34 165	32 600	32 600
	Ausländer	403	418	411	363	400	400
Geburten- (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	Insgesamt	-17 749	-16 202	-15 530	-15 866	-15 000	-15 000
	Deutsche	-21 381	-20 137	-19 619	-19 765	-18 500	-18 600
	Ausländer	+ 3 632	+ 3 935	+ 4 089	+ 3 899	+ 3 500	+ 3 600
Zugezogene	Insgesamt	73 812	82 787	79 798	63 721	60 000	61 000
	Deutsche	32 358	31 601	33 455	31 000	29 700	32 000
	Ausländer	41 454	51 186	46 343	32 721	30 300	29 000
Fortgezogene	Insgesamt	63 519	72 605	71 829	66 940	61 000	61 000
	Deutsche	36 706	43 073	39 143	36 434	28 200	28 000
	Ausländer	26 813	29 532	32 686	30 506	32 800	33 000
Wanderungssaldo	Insgesamt	+10 293	+10 182	+ 7 969	- 3 219	- 1 000	0
	Deutsche	- 4 348	-11 472	- 5 688	- 5 434	+ 1 500	+ 4 000
	Ausländer	+14 641	+21 654	+13 657	+ 2 215	- 2 500	- 4 000
Bevölkerungs- veränderung	Insgesamt	- 7 456	- 6 020	- 7 561	-19 085	-16 000	-15 000
	Deutsche	-25 729	-31 609	-25 307	-25 199	-17 000	-14 600
	Ausländer	+18 273	+25 589	+17 746	+ 6 114	+ 1 000	- 400
		1000 Personen					
Bevölkerung am Jahresende ¹⁾	Insgesamt	2 005	1 999	1 991	1 972	1 956	1 941
	Deutsche	1 795	1 766	1 745	1 724	1 711	1 696
	Ausländer ²⁾	210	233	246	248	245	245

1) Wohnbevölkerung; fortgeschriebene Ergebnisse der Volkszählung 1970, berichtigt um Untererfassung und Scheinwanderungen. - 2) Nach Berücksichtigung von Einbürgerung und Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung (Art. 3, Abs. 1 RuStAG von 1974); abgestimmt mit dem Einwohnerregister.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; 1983: Schätzung des DIW; 1984: Prognose des DIW.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Berlin wird damit 1984 weitgehend der für das Bundesgebiet erwarteten entsprechen⁷. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den letzten Jahren ist dies zweifellos positiv zu bewerten. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß das Ausmaß der Arbeitslosigkeit hier wie dort gesellschaftlich nicht tolerierbar ist.

Eine durchgreifende Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist mit den Mitteln einer einzelnen Region sicherlich nicht erreichbar. Dennoch können spezifisch regionalwirtschaftliche Initiativen wichtige Beiträge zur Milderung der Probleme leisten.

Im Rahmen des regionalen Handlungsspielraums hat der Senat von Berlin eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. So kann von der Novellierung der Umsatzsteuerpräferenz 1984 erstmals ein positiver Beitrag zur Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in Berlin erwartet werden. Eine vom DIW vor kurzem durchgeführte Umfrage im verarbeitenden Gewerbe hat ergeben, daß ein be-

merkenswert großer Teil der Unternehmen bereits jetzt — ein Jahr nach Inkrafttreten der neuen Regelung — auf die Anreize reagiert und seine Aktivitäten in der Stadt verstärkt⁸. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausweitung der Vorleistungsbezüge aus Berlin. Sie wird in verschiedenen Fertigungszweigen des Investitionsgüterbereichs und des Verbrauchsgütersektors eine deutliche Steigerung der Produktion ermöglichen und auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze induzieren. Daneben ist damit zu rechnen, daß ein Teil der umsatzsteuerlich begünstigten Betriebe mit Blick auf eine Verbesserung ihrer Präferenzposition selbst zusätzliche Arbeitskräfte einstellt, und zwar sowohl in der Produktion — im Zuge des Vorschaltens weiterer Fertigungsstufen — als auch im dispositiven Bereich.

Positive Effekte sind auch von den zahlreichen Maßnahmen zur Förderung der Innovation, des Technologie-

⁷ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1984. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1 - 2/1984.

transfers und der Unternehmensgründung zu erwarten. Im Rahmen einer Erfolgskontrolle dieses Instrumentariums ist nun zunächst zu prüfen, inwieweit die einzelnen Maßnahmen von der Wirtschaft angenommen werden. Vor dem Hintergrund, daß der Maßnahmenkatalog überschaubar bleiben muß, wäre dann auf dieser Grundlage über Schwerpunktsetzungen zu entscheiden.

Hinsichtlich ihrer Haushaltspolitik ist die Stadt in starkem Maße vom Bund abhängig — die Bundeshilfe deckt mehr als die Hälfte der Einnahmen, die Ausgaben sind zum großen Teil durch Bundesgesetze bestimmt. Dennoch gibt es bei der Gestaltung des Landeshaushaltes einigen Spielraum. Mit der wiederum beträchtlichen Steigerung der investiven Ausgaben vor allem in den Bereichen Hoch- und Tiefbau trägt der Senat zwar zur wirtschaftlichen Belebung in der Stadt bei, aber mit der Konsequenz, daß die Mehrausgaben für Personal äußerst knapp bemessen sind. Dabei ist festzuhalten, daß die gesellschaftliche Bedeutung als konsumtiv geltender Ausgaben oft unterschätzt wird. Dies gilt für weite Teile der sozialen Betreuung, ganz besonders aber für den Bereich der Schulbildung.

Die oft beklagten Bildungsdefizite junger Menschen sind durch nachträgliche Maßnahmen, die überdies erheblichen Finanzaufwand erfordern, nur schwer zu beheben. In dieser Situation ist zu bezweifeln, ob bei rückläufiger Schülerzahl — wie geplant — auch die Zahl der Lehrer entsprechend vermindert werden darf. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung dennoch so zu verfahren, heißt einerseits Ausgaben in die Zukunft zu verlagern, andererseits Berufs- und Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher in Kauf zu nehmen.

Für einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst insgesamt ist unter solchen Aspekten wenig Spielraum vorhanden, dagegen sprechen gegenwärtig ohnehin arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte. Wichtig erscheint vielmehr, daß die Stellenplanung flexibel gestaltet wird, daß also Stellen aus der Verwaltung zu bürgernahen Diensten verlagert werden. Die Beibehaltung des derzeitigen Personalstandes brächte sicherlich zusätzliche Belastungen für den Etat mit sich. Dabei ist jedoch, wie bei allen arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen, zu bedenken, daß dem Mehraufwand verminderte Ausgaben (Sozialhilfe, Wohngeld) und erhöhte Steuereinnahmen gegenüberzustellen wären.

Die Arbeitsmarktpolitik hat im vergangenen Jahr insbesondere durch die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entlastende Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt erzielt. Für das laufende Jahr sind die ABM-Mittel abermals kräftig aufgestockt worden; angestrebt wird die Einrichtung von 10 000 Stellen. Bei der Ausweitung der ABM-Stellen sollte verstärkt darauf geachtet werden, daß nicht Dauerarbeitsplätze ersetzt werden. Die Intensivierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist umso erfreulicher, als damit die berufliche Qualifizierung und sozialpädagogische Betreuung Jugendlicher verbessert werden soll. Damit wird ein besonderer Problembereich des Arbeitsmarktes, auf den das DIW wiederholt hingewiesen hat⁸, nämlich die mangelnde Qualifizierung jugendlicher Arbeitsloser, verstärkt angegangen. Die geplanten Qualifizierungsprogramme für jugendliche Arbeitslose sollten allerdings so dimensioniert und strukturiert sein, daß sie nicht nur einen wirksamen Beitrag zur Verringerung der Zahl der beim Arbeitsamt gemeldeten arbeitslosen Jugendlichen versprechen, sondern darüber hinaus die Arbeitsmarktintegration derjenigen Jugendlichen begünstigen, die zwar arbeitslos sind, sich aber bisher beim Arbeitsamt nicht gemeldet haben.

Die Bemühungen der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand haben im vergangenen Jahr zu einer beträchtlichen Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots geführt. Berlin nimmt in dieser Hinsicht eine Spitzenstellung unter den Bundesländern ein. Vergleichsweise ungünstig ist demgegenüber die Position der Stadt bei der beruflichen Fortbildung und Umschulung. Eine Intensivierung dieser Maßnahmen ist nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten geboten, sondern wäre auch ein Beitrag zur Qualifizierung des Arbeitskräftepotentials der Stadt. Diese ist eine wichtige Voraussetzung für die angestrebte Verbesserung der Qualitätsstruktur der Arbeitsplätze.

⁸ Vgl. Berliner Wirtschaft nutzt Anreize der neuen Absatzförderung. Bearb.: Peter Ring. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/1984.

⁹ Vgl. etwa: Intensivierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Berlin (West) erforderlich. Bearb.: Klaus-Peter Gaulke. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1981.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dr. Jochen Bethkenhagen

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West). Bearbeitet von der Abteilung Berlin.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.